Morgen-Ausgabe

Erscheint täglich mehrmals. Abonnementspreis monatlich 18 Mk. Einzelnummer 1 Mk. Sonntags illustrierte Unterhaltungsbeilage „Der Zeitspiegel“, Mittwochs „Technische Rundschau“, jede Woche „Haus und Garten“, jeden Freitag „Blick in die Zeit“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Österreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Finnlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreise: Durch die Post monatlich 15.— M. einschl. Postzeitungsgebühr, ausschl. Postbestellgeld; für Berlin u. Vororte monatlich 18.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung ins Haus. Unter Kreuzband vierteljährlich 54.— M. nach dem Ausland 72.— M. Im Falle höh. Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben auf Zahlung oder Lieferung der Zeitung bezw. Entschädigung. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusal. Straße 46—49 u. den nebenstehend aufgeführten Filialen. Fernspr. Amt Zentrum 10181—10164, für den Fernverkehr 14307—14309.) Telegramm-Adresse: „Morgenblatt“, Berlin.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigenpreis: Seite 2 M. 3.— u. 60 % Teuerungszuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen ohne Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme für Nachweise nach höherem Tarif. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptgeschäftsstelle SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 108; Potsd. Str. 28; Zimmerstr. 56; Königgrätzer Str. 31; Arkonapl. 4; Gesundbrunnen: Weddingplatz 1; Hermannplatz 5; Kaiser-Wilhelm-Str. 29; Lichterfelde-Ost: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Schöneberg: Hauptstr. 2/3; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38; Kaiserplatz 18. In der Provinz: Brandenburg: Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Parowplatz 2.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 129 • Ausgabe A Nr. 65
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 129

und Handels-Zeitung

Freitag, 18. März 1921
50. Jahrgang

Kronstadt von den Bolschewisten genommen?

Drei Forts gefallen.

Meldungen der Sowjetregierung.

Stockholm, 17. März. (18. T. B.)

Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen worden ist. Nordiska Pressecentralen meldet aus Helsingfors: **Die Forts von Kronstadt Nr. 4, 5 und 6 haben sich ergeben. Aus ihnen sind etwa 100 Flüchtlinge in Terioki angekommen, die mitteilen, daß Kronstadt sich noch in den Händen der Revolutionäre befindet.**

Riga, 17. März. (U. T.)

Der United Telegraph meldet: Wie die hiesige russische Gesandtschaft mitteilt, haben die Truppen der Sowjetregierung Kronstadt eingenommen.

Helsingfors, 17. März. (W. T. B.)

Nach zuverlässigen Meldungen, die an hiesige unterrichtete Stellen gelangt sind, ist **die Lage in Kronstadt für die Revolutionäre wenig günstig.** Es macht sich bereits ein großer Andrang von Flüchtlingen an der finnischen Grenze bemerkbar.

Terioki, 17. März. (O. C.)

Der Geschützkampf zwischen Kronstadt und Oranienbaum dauert an. Der Berichterstatter des „Ost-Expreß“ hatte Gelegenheit, mit Matrosen zu sprechen, die hier aus Kronstadt eingetroffen sind. Die Matrosen erklärten, daß die Kronstädter Batterien nur das Feuer der Gegners erwidern. Der Kampf der Aufständischen gelte lediglich der Abwehr der bolschewistischen Angriffe. Es wäre schon längst möglich gewesen, Krasnaja Gorka zu zerstören, man habe jedoch das Fort geschont, weil es in Zukunft noch eine Rolle zu spielen berufen sei. Man habe seit langem mit dem Ausbruch des Aufstandes gerechnet, denn die Geduld der Bevölkerung sei längst erschöpft. Bis zum 15. März hätten die Aufständischen nur 80 Tote gehabt. Viele Rotarmisten ergäben sich freiwillig. Fast die ganze Petersburger Garnison sympathisiere mit Kronstadt und wolle nicht auf die Brüder schießen. Sobald die Petersburger Arbeiterschaft ihre Organisation beendet habe, würden weder die Außerordentliche Kommission noch die Zöglinge der Roten Kriegsschulen die Kommunisten retten können. Seit dem 15. März ist die Rotration in Kronstadt auf ½ Pfund (100 Gramm) täglich vermindert worden; außerdem gelangen Fleischkonserven zur Verteilung.

Berlin, 17. März. (O. C.)

Auf Grund von am 16. März erhaltenen Meldungen des Volkskommissars für Auswärtiges, Tschitscherin, teilt die Berliner Vertretung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik folgendes mit: In Moskau und in Petersburg ist es nach wie vor ruhig. Die Nachrichten über Aufstände in Pleskau, Orel, Minsk, Kursk u. a. sind erfunden. (!) Die Liquidation des Kronstädter Aufstandes geht deshalb langsam vonstatten, weil man keine Zerstörungen in der Stadt anzurichten wünscht. Die zersplitterte unorganisierte Bandenbewegung in einigen ländlichen Ortschaften geht ohne politische Parolen vor sich und ist ausschließlich gegen die Getreideablieferungsveranlagung gerichtet. Man muß über den unerhörten Lügenfeldzug, der in letzter Zeit in allen Ländern gegen Rußland geführt wird, staunen.

*

Es besteht kein Grund, die offizielle russische Meldung über den Fall von Kronstadt anzuzweifeln. Der Ausgang des Kampfes, den sie berichtet, steht durchaus im Einklang mit den letzten Nachrichten, die von verschiedenen Seiten über den Stand des Kampfes vorlagen. Bereits vor einigen Tagen wurde, wie wir gestern berichteten, von Flüchtlingen aus der Kronstadter Bevölkerung, die der finnischen Grenze zutrieben, die Lage der Aufständischen als wenig aussichtsvoll dargestellt. Diese litten offenbar unter Schwierigkeiten der Proviant- und Munitionszufuhr, während Trotzki die gegen die Festung kämpfenden Geschütze und Truppen fortwährend zu verstärken in der Lage war. Es liegt nahe, anzunehmen, daß durch den für seine Urheber natürlich verhängnisvollen Ausgang des Kronstadter Unternehmens der ganzen gegen die Sowjetregierung gerichteten Bewegung für's erste ein tödlicher Schlag versetzt ist. Die siegreichen Bolschewisten, die natürlich in diesem Augenblick schon ein furchtbares Strafgericht unter ihren Gegnern gehalten haben werden, dürften von ihrem Erfolg auch in allen anderen Teilen des Landes, wo es sich gegen sie gerichtet hat, Nutzen ziehen. Ob das bolschewistische Regime aber damit auf lange hinaus „über den Berg“ ist, das ist eine andere Frage. Das ist vor allem eine Frage der Ernährungs- und der Transportverhältnisse. Es kommt alles darauf an, ob sich diese so gestalten werden, daß die Regierung einigermaßen die in ihrer bedrängten Lage jüngst den Arbeitern und Bauern gemachten Zugeständnisse und Versprechungen innehalten kann. Mit der Gewalt und dem Terror allein ist es auf die Dauer doch nicht getan. Setzt für die Arbeiter eine neue schwere Hungerperiode vor der neuen Ernte ein, erstrecken sich die Entbehrungen schließlich auch auf die Rote Armee, und läßt sich dann das System der Zwangswegnahme von Getreide bei den Bauern doch nicht wieder vermeiden, so muß sich mit Naturgewalt eine neue Krise einstellen. Man darf allerdings nicht übersehen, daß die Moskauer Gewalthaber nun schon dreieinhalb Jahre lang die Kunst geübt haben, sich mit außerordentlicher Geschicklichkeit über solche Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Die Ueberbureaukratie der Post.

Zur Etatsdebatte im Reichstage. — Die überflüssigen Direktorstellen. — 2000 höhere Stellen zuviel.

Von [Nachdruck verboten.]

Postassessor Dr. jur. Rave.

Im „Berliner Tageblatt“ ist wiederholt von erfahrenen Sachkundigen auf die Notwendigkeit einer planvollen Finanz- und Wirtschaftspolitik nachdrücklich hingewiesen worden. Dem Reichsfinanzminister ist es gelungen, sich durch Kabinettsbeschluß gewisse diktatorische Befugnisse einräumen zu lassen, mit deren Hilfe er die gesamte Finanzgebarung und Wirtschaftsführung des Reiches nach festen Leitsätzen streng zu richten hofft. Insbesondere sollen die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur so weit als irgendmöglich eingeschränkt und abgebaut und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise vermindert werden. Es ist dringend zu wünschen, daß er in dieser Hinsicht ein wachsames Auge auf die mit Milliardendefiziten arbeitenden beiden Reichsverkehrsverwaltungen lenkt, von denen hier nur von der älteren, der Post- und Telegraphenverwaltung, die Rede sein soll, und zwar auch lediglich insoweit, als es sich um ihre durch Ueberflutung mit höheren Beamten entstandene Ueberbureaukratie handelt.

Sie gehört in der Hauptsache zu dem Nachlaß eines sonst so genialen Fachministers wie des kaiserlichen Staatssekretärs v. Stephan, dessen von der alten preußischen Post übernommenes Personalregiement aus dem Jahre 1871 bis in unser Jahrhundert hinein den Werdegang der Anwärter des höheren Post- und Telegraphendienstes des früheren Reichspostgebietes bestimmte. Der Gründer des Weltpostvereins, der selbst den Marschallstab im Tornister getragen hatte, verzichtete im Gegensatz zu allen anderen Staatsverwaltungen auf eine akademische Vorbildung der Bewerber für den höheren Verwaltungsdienst seines Ressorts und ließ sie von der Pike auf technisch dienen. Drei Jahre nach ihrem Eintritt in den Postdienst, der meist nach bestandener Reifeprüfung einer Vollanstalt erfolgte, hatten sie die Sekretärprüfung abzulegen. Wer dann aus der Sekretär- und Obersekretärklasse in höhere Stellen einrücken wollte, mußte sich der sogenannten höheren Verwaltungsprüfung unterziehen, in der auch allgemeine wissenschaftliche Kenntnisse nachzuweisen waren, die sich der Prüfling zunächst aus eigener Kraft, später mit Unterstützung der Verwaltung in einer Post- und Telegraphenschule anzueignen hatte. Nahezu die Hälfte der Anwärter verzichtete bis zur Jahrhundertwende auf die Ablegung dieser zweiten Prüfung, so daß die Verwaltung, wie keine andere, über eine große Zahl mittlerer Beamten mit vorzüglicher Schulbildung verfügte. Als dann der Nachfolger v. Stephans, Staatssekretär v. Podbielski, dem längst fühlbar gewordenen Drucke, der Anwärter des mittleren Dienstes aus der Assistentenklasse nachgebend, diese zur Sekretärprüfung zuließ, drängten sich die Anwärter des höheren Dienstes, auch viele derjenigen, die längst diese Absicht aufgegeben hatten, zur höheren Verwaltungsprüfung. Und während bis dahin meist nur Auserwählte diese Prüfung bestanden hatten, ermöglichte die Verwaltung nunmehr zahlreichen, oft bejahrten Prüflingen von vierzig und mehr Jahren das Bestehen, obwohl von vornherein keine Aussicht vorhanden war, sie in wirklich leitenden Stellen unterzubringen. Das erhellt ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Verwaltung nach der Zahl der Endstellen in den Jahren 1888 bis 1897 höchstens rund 600 Anwärter des höheren Dienstes hätte annehmen dürfen, während sie in Wirklichkeit 2800 eingestellt hatte.

Bis etwa zum Jahre 1917 wurden diese höheren Reichs-Post- und Telegraphenämter, soweit sie noch nicht in Reichs- oder leitenden Direktorenstellen untergebracht waren, als Inspektoren und Vizedirektoren bei den Verkehrsämtern und als Oberpostpraktikanten und Oberpostinspektoren bei den Provinzial- und Zentralbehörden beschäftigt. Schon die von denen anderer Verwaltungen abweichenden Amtsbezeichnungen für diese höheren Post- und Telegraphenbeamten lassen erkennen, daß es sich nicht um höhere leitende Beamte handelt. Die Stellen der Oberpostpraktikanten, d. h. der Bureaubeamten der Oberpostdirektionen, waren denn auch schon seit Jahren gleichzeitig mit mittleren Beamten der Obersekretärklasse besetzt worden. Bald nachdem die letzten Oberpostpraktikanten in Inspektorstellen eingerückt waren, wurden diese wiederum, um ein Aufrücken von mehr als tausend ihrer Inhaber zu ermöglichen, in Vizedirektorstellen und neuerdings in Direktorstellen (nicht leitenden Charakters!) umgewandelt. Soweit die Oberinspektorstellen nicht den mittleren Beamten zufielen, wurden ihre Inhaber zu Räten befördert oder in nicht leitende Direktorstellen übergeführt. In der Staatsverwaltung läßt sich dem Laien gegenüber bekanntlich jede Maßnahme mit ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit begründen. In Wahrheit darf aber auch die gesetzmäßige Verabschiedung des Reichshaushaltsplans nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß hier in einem circulus vitiosus in gewissen Zeiträumen immer wieder neue Stellen geschaffen und Stellenumwandlungen vorgenommen worden sind, die in wirtschaftlicher Hinsicht unter keinen

Briands Liebeslied.

Für die deutschen Arbeiter.

Herr Briand hat in der Rede, die er vorgestern in der Deputiertenkammer gehalten hat, den deutschen Arbeitern gewissermaßen einen Liebesantrag gemacht. Er erklärt, daß er das Geld für die „Reparationen“ nur von den Reichen und nicht von den Armen einziehen wolle, daß die französischen Truppen nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Kapitalisten nach Düsseldorf und Duisburg geschickt worden seien. Die französischen Parlamentarier und die französische Presse loben anscheinend diesen rhetorischen Trick. Sollten sie ihn wirklich für so vortrefflich halten, so habe das zeigen, daß sie sich bereits in jener Verlegenheit befinden, in der man nach allen Strohhalmen greift. Kann man in Frankreich ernsthaft glauben, der deutsche Arbeiter sei heutzutage noch genug, eine so naive Spekulation nicht zu durchschauen? Meint man, daß er weder rechnen noch den Sinn des Rechenexempels erfassen kann? Der deutsche Arbeiter weiß ganz genau, daß er, dessen Einkommen und Lebenshaltung vom Gang der Industrie, von der Preisgestaltung, von der ganzen Wirtschaftslage abhängen, aufs schwerste getroffen werden, wenn man von Deutschland 226 Milliarden Goldmark, oder auch nur eine ähnliche Summe verlangt. Er ist nicht so dumm, sich einreden zu lassen, daß der Kapitalist „alles zahle“, weiß, was er von den schmeichlerischen Beruhigungsliedern des Pariser Flötenspielers zu halten hat. Aber wenn Briand, der ehemals Sozialist war und jetzt ein Sozialverfolger ist, die Arbeiter so liebt, warum sperrt er denn seine Führer der französischen Arbeiterschaft ein? Den französischen Arbeitern — und auch den nichtkommunistischen — ist er bekanntlich durchaus nicht als wohlwollender Freund. Wenn Herr Briand die Kapitalisten so verabscheut — warum verabscheut er die Großunternehmer und die Großbesitzer im eigenen Lande nicht? Man sieht ja, wie immer neue Millionenschiebungen und Skandalaffären aller Art, in denen sehr häufig die parlamentarischen Stützen des Herrn Briand eine Rolle spielen, die öffentliche Meinung Frankreichs beschäftigen, und noch hat der französische Ministerpräsident keine dieser Sumpfblüten gepflückt. Und ist nicht der intimste Mitarbeiter und Ratgeber des Herrn Briand der große Kriegs- und Friedensgewinner Loucheur, Wiederaufbauminister und Gründer der am Wiederaufbau hervorragend beteiligten Société générale d'Entreprises? Ist man nicht zu der Meinung berechtigt, daß die Wiederaufbauarbeiten sich erheblich billiger herstellen ließen, wenn dieser „Kapitalismus“ nicht darauf bedacht wäre, bei dem Wiederaufbaugeschäft recht gründlich zu gewinnen? Die deutsche Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, ihre Kraft in den Dienst des Aufbauwerkes zu stellen. Erst gestern ist wieder eine Kundgebung der deutschen Arbeiterverbände bekanntgegeben worden, die ganz den Entschließungen des Internationalen Gewerkschaftsverbandes entspricht. Mit Recht wird in dieser deutschen, von den Arbeitervertretern Graßmann und Hue unterzeichneten Erklärung die schnelle Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete „eine der dringlichsten Aufgaben, die der zivilisierten Welt in ihrer Gesamtheit zufällt“, genannt. Die Kundgebung betont noch einmal die Bereitwilligkeit der deutschen Gewerkschaften, „zwecks wachester Ausführung der Wiederaufbauarbeiten“ auf die beteiligten Arbeiterkreise einzuwirken und alles Nötige zu tun. Was aber sagt Herr Briand in der Rede, in der er die deutschen Arbeiter von seiner Liebe überzeugen will? Er sagte, daß „der Gedanke einer Zusammenarbeit mit Deutschland“ — den der sozialistisch-radikale Abgeordnete Hennessy seit langem vertreten und jetzt in der Kammer vorgetragen hatte — „von den befreiten Gebieten zurückgewiesen wird“. Von der obdachlosen Bevölkerung der befreiten Gebiete, oder von den Großverdienern und von Herrn Loucheur? Vermutlich nicht von all denjenigen, denen das Dach über dem Kopfe fehlt. Das ist die einzige Antwort, die Herr Briand den deutschen Arbeitern gibt. Sobald sie zur ehrlichen, gemeinsamen Wiederherstellung des Zerstörten die Hand reichen, heißt es nicht mehr: „Kommt an mein Herz!“, sondern: „Wir wollen euch nicht.“